

Chaos, kein Gleichschritt

Die Rechte im EU-Parlament ist zwar so stark wie nie zuvor – doch außer ihrem Hass auf Brüssel und Migranten eint die Radikalen wenig. Von Volker Weiß

Kurz vor der konstituierenden Sitzung des Europaparlaments am 16. Juli nehmen die politischen Fraktionen Gestalt an, in denen sich länderübergreifend Parteien mit gemeinsamer Weltanschauung zusammenfinden. Aufgrund vielfältiger Abneigungen führt das im rechten Lager traditionell zu chaotischen Verhältnissen. Einer ihrer letzten Zusammenschlüsse, die radikale Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID), endete kurz vor der Wahl in heftigem Streit. Mit Blick auf die kommende Legislaturperiode war lange fraglich, wie sich die Parteien des rechten Randes nun ordnen würden.

Zunächst war spekuliert worden, die Reste der ID könnten ihre Stimmen zukünftig mit den antieuropäisch und rechts-populistisch geprägten „Europäischen Konservativen und Reformern“ (EKR) bündeln, die von der polnischen PiS und den italienischen Postfaschisten der Fratelli d'Italia geführt werden. Nun kam es anders, unübersichtlicher, denn im Laufe von einer Woche gründeten sich rechts der EKR gleich zwei weitere Fraktionen.

Als Erstes stellte Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán gemeinsam mit der FPÖ und der tschechischen Anso die neue Fraktion Patrioten für Europa (PFE) vor. Orbáns Partei Fidesz war nach ihrem Bruch mit den europäischen Christdemokraten 2021 ohne Anschluss geblieben, nun hat sie sich ein neues Umfeld geschaffen, das unter anderem mit der italienischen Lega, Geert Wilders' PVV, der spanischen Vox und dem Vlaams Belang profilierte Vertreter der anti-europäischen Rechten versammelt. Dominierende Kraft der „Patrioten“ ist der französische Rassemblement National (RN), dessen Parteivorsitzender Jordan Bardella die Führung übernehmen soll. Die PFE wird mit erwarteten 84 Abgeordneten als drittstärkste Fraktion des EU-Parlaments vor allem durch ihre prussische Haltung einige Akzente setzen können.



Als Spitzenkandidat gestartet, im EU-Parlament haltgestellt: AfD-Politiker Maximalist Kraus. FOTO: JEAN-FRANCOIS BADIAS / AP

Aufgrund der französischen Vormacht blieb der AfD ein Anschluss an die „Patrioten“ verwehrt, immerhin hatte RN-Chefin Marine Le Pen maßgeblich auf den Rauswurf der Deutschen aus der Vorgängerfraktion ID hingewirkt. Jetzt hat die AfD unter dem Titel „Europa souveräner Nationen“ (ESN) eine eigene Fraktion mit kleineren Parteien vornehmlich aus Osteuropa um sich gesammelt. Aus Westeuropa wird bisher nur noch eine Abgeordnete der französischen Reconquête des Rechtsradikalen Eric Zemmour angeführt, vier übrige haben sich kurz nach der Wahl im Streit von Zemmour getrennt und der EKR angeschlossen. Die Fluktuation in diesem Milieu ist erfahrungsgemäß hoch, es wird wohl noch etwas Zeit brauchen, bis die endgültige Zusammensetzung der Fraktionen feststeht.

Biedern sich die Rechten in Ungarn, Frankreich, Österreich der Macht an?

Die AfD versucht indessen, die Kränkung ihrer Zurückweisung durch den RN mit einem Bekenntnis zur Fundamentalopposition zu überspielen. Parteisprecherin Alice Weidel ließ sich in der AfD-nahen *Jungen Freiheit* zitieren, PFE sei ein Bündnis jetziger oder angeheurer Regierungsparteien. Man selbst wolle bei den „Souveränisten“ zunächst jedoch weiter die Rolle der Opposition üben. Ein wenig schwang da in Richtung der Kollegen in Ungarn, Frankreich, Österreich und Italien der Vorwurf der Anbiederung an die Macht mit.

Jenseits solcher Querelen bestehen aber zwischen „Patrioten“ und „Souveränisten“ inhaltlich große Überschneidungen. Beide lehnen Migration strikt ab, haben eine freundliche Haltung gegenüber Putin und den ausgeprägten Drang, die EU und – soweit vorhanden – den Sozialstaat abzuwickeln. Die Abgrenzung des Rassemblement National, der Fidesz und der FPÖ von den radikalen „Souveränisten“ ist eher eine Imagefrage. Marine Le

Pen nutzte den Bruch mit der AfD umgehend als Ausweis der Mäßigung ihrer Partei.

Doch selbst der AfD-geführte rechte Rand steht nicht allen offen. Berichten zufolge soll Alice Weidel bei der Gründung die Parole ausgegeben haben, „keine Antisemiten“ dulden zu wollen. Jetzt findet sich ihr ehemaliger Spitzenkandidat Maximilian Kraus fraktionslos kaltgestellt, an seiner statt soll der AfD-Europaabgeordnete René Aust den Vorsitz übernehmen. Kraus Auftreten während der Europawahl war exzentrisch, seine Inhalte noch weiter rechts als in der AfD ohnehin schon üblich.

Gewisse Frontlinien der Vergangenheit sind noch aktiv

Mit apologetischen Äußerungen zur Waffen-SS verursachte er einen Skandal, als Anwalt hatte er die fundamentalistisch-katholische Piusbruderschaft vertreten. Dieses Profil schafft möglicherweise eine Nähe zu einem anderen Politiker am Katzentisch der Fraktionslosen, dem polnischen EU-Abgeordneten Grzegorz Braun. Obwohl dessen extrem rechte Konfederacja auch Teil der ESN werden soll, muss der Monarchist und Fundamentalkatholik der Fraktion fernbleiben. Er gilt als Antisemit mit Neigung zum Krawall, vergangenes Jahr hatte er demonstrativ die Kerzen eines Chanukka-Leuchters im polnischen Parlament gelöscht und am Deutschen Historischen Institut einen wissenschaftlichen Vortrag zum Holocaust gestört. Beide Politiker sind gute Beispiele, wie sich die äußerste Rechte im Europäischen Parlament mitunter selbst im Weg steht.

Ihre Fraktionen werden zwar durch das gemeinsame Feindbild zusammengehalten, zugleich aber von ihren nationalen Ressentiments auseinandergetrieben. Dennoch haben alle noch so kleinen und radikalen Gruppen ein vitales Interesse an Zusammenschlüssen, da ohne Fraktionszugehörigkeit ihre Handlungsfähigkeit und der Zugang zu Ämtern eingeschränkt bleiben.

Die Verhältnisse in dieser Gemengelage sind schwer zu überblicken, niemand weiß, wie lange die fragilen Bündnisse der äußersten Rechten halten. Einen Eindruck davon gab schon das Schicksal der ID-Fraktion am Ende der vergangenen Legislaturperiode. Innerhalb des EU-Parlaments war sie selbst isoliert, als sie sich nun ihrerseits von der AfD trennte, warf das ein umso greller Licht auf Kraus und Konsorten. Parolen wie „Unsere Vorfahren waren keine Verbrecher“ hatte man jahrelang vor allem aus der NPD und den Neonazi-Kameradschaften gehört, nun tönten sie aus Kraus Tiktok-Videos. Die Verteidigung der Waffen-SS kam vor allem in Italien und Frankreich nicht gut an, wo deutsche Verbände Massaker an Tausenden Zivilisten verübt hatten. Die Tatsache, dass die österreichische FPÖ gegen den Ausschluss der Deutschen aus der ID-Fraktion gestimmt hatten, war ein Hinweis, dass bestimmte Frontlinien der Vergangenheit noch aktiv sind. Schließlich ist von FPÖ-Chef Herbert Kickl ein ähnliches Zitat überliefert.

Eigentlich hatten AfD und FPÖ eine enge Abstimmung auf europäischer Ebene geplant, doch jetzt sind sie in verschiedenen Fraktionen. Dabei dient die AfD in der Rolle der hässlichen Deutschen den anderen Rechtsauslegern mitunter zur symbolischen Abgrenzung. Tatsächlich schlug sich in dem vordergründig geschichtspolitischen Konflikt auf die Konkurrenz um die Wortführerschaft nieder. Sollten nun Frankreichs, Italiens oder Deutschlands Nationalisten gegen Europa den Ton angeben? Die jetzige Konstellation schafft mit EKR, PFE und ESN drei verschiedene rechte Sammlungen.

Die chaotische Situation ist symptomatisch für ein Grundproblem der Anti-Europäer. Zwischen ihnen mag es einen Konsens geben Einwanderung zu geben, doch die nationalen Fliehkräfte sind groß. Mitunter erschweren noch historische Gebietsansprüche und nationale Minderheitenfragen die Kooperation. Sie trennen Ultra-rechte in Österreich und Italien und säen Zwietracht zwischen Ungarn und Rumänen. Russlandfreunde in Osteuropa schießen auf die Verfallsmasse einer zerschlagenen Ukraine, in Belgien arbeiten Nationalisten innerhalb eines Landes gegeneinander.

Vor Jahren zerbrach eine rechtsextreme Europafraktion an rassistischen Äußerungen italienischer Nationalisten gegen ihre rumänischen Kameraden. Heute fordert die polnische Rechte Kriegsreparationen von Deutschland, dessen extreme Rechte sich wiederum nicht mit dem Verlust ehemaliger Reichsgebiete abfindet. Auf dieser Grundlage wirken ihre Koalitionen meist nur negativ. Sie sind lediglich einig darin, Europa wieder nationalpolitisch zu fragmentieren. Eben das bringt allerdings die konfliktreiche Vergangenheit des Kontinents zurück an die Oberfläche, zu deren Überwindung die EU einmal geschaffen wurde.



Seit dem Sturm aufs Kapitol halten es laut Meinungsumfragen immer mehr Amerikaner für möglich, dass das Land auf eine Sezession zusteuert. FOTO: LEAH MILLIS/REUTERS

Wehe, wenn er sie mobilisiert

Stehen die USA nach dem Attentat auf Donald Trump vor einem weiteren Bürgerkrieg? Von Manfred Berg

Das Attentat auf Donald Trump am vergangenen Samstag bei einer Wahlkampfede in Pennsylvania hat auf dramatische Weise eine Frage verschärft, die noch vor zehn Jahren als alarmistisch abgetan worden wäre, über die in der amerikanischen Öffentlichkeit inzwischen aber ernsthaft diskutiert wird: „Steuern die USA auf einen Bürgerkrieg oder eine Sezession zu?“, wie der Sender CNN im Januar 2022, ein Jahr nach dem Sturm auf das Kapitol, mit dem sich der abgewählte Präsident an die Macht putzen wollte, sein Publikum fragte. Meinungsumfragen zufolge halten immer mehr Amerikaner ein solches Szenario für denkbar, und immer mehr Amerikaner billigen Gewalt als Mittel der Politik.

Zugleich ist die Drohung mit Gewalt in den vergangenen Jahren beinahe alltäglich geworden. „Versuch, uns unsere Waffen abzunehmen, und du wirst sehen, warum es das Recht auf Waffentragen gibt!“, wütete ein Republikaner in den sozialen Medien, als Präsident Biden 2022 schärfere Waffengesetze vorschlug. An Waffen für den Bürgerkrieg wird es nicht fehlen. Schätzungsweise befinden sich in den USA rund 400 Millionen Schusswaffen im Privatbesitz. Der Zwanzigjährige, der den Anschlag auf Donald Trump verübte, feuerte mit dem beliebten halb automatischen AR-15-Gewehr, das in den USA völlig legal erworben werden kann.

Rechtsextreme Milizen rüsten seit Jahren für eine Revolution

Die Worte *Civil War* und Sezession wecken bei US-Amerikanern starke Assoziationen. Der Krieg zwischen der Union und der abtrünnigen Konföderation forderte zwischen 1861 und 1865 rund 700 000 Menschenleben und spaltet bis heute die historische Erinnerung des Landes. Natürlich steht den USA kein großer Krieg bevor, der von uniformierten Armeen in offenen Feldschlachten ausgefochten werden wird. Doch eine Gewalteskalation mit Attentaten, Terrorakten und gewaltsamen Zusammenstößen zwischen den verfeindeten politischen Lagern halten inzwischen viele Beobachter für denkbar. Rechtsextreme Milizen wie die *Proud Boys*, die *Oath Keepers* und die *Three Percenters*, die beim Sturm auf das Kapitol die Vorhut bildeten, rüsten seit Jahren für eine neue Amerikanische Revolution, aber auch bei Trump-Gegnern wächst die Bereitschaft zur Gewalt, wie das Attentat von Pennsylvania zeigt hat. Die USA, die nach dem Zweiten Weltkrieg als vorbildliche Konsensdemokratie galten, sind zu einer hochpolarisierten Gesellschaft geworden.

Geschichte wiederholt sich nicht, doch die Parallelen zwischen der Vorgeschichte des Bürgerkriegs und der Gegenwart sind beängstigend. Auch dem *Civil War* ging eine jahrzehntelange Polarisierung voraus, bis sich der sklavenhaltende Süden und der Norden, wo die Sklaverei verboten war, nur noch als unversöhnliche Gegner betrachteten. Der Konflikt eskalierte 1860/61 nach der Wahl des Sklavereieigners Abraham Lincoln zum Präsidenten der USA. Der Süden war nicht bereit, das Wahlergebnis hinzunehmen, weil Lincoln angeblich

die Abschaffung der Sklaverei plane. Bis April 1861 erklärten elf Bundesstaaten ihren Austritt aus der Union. Aus Sicht Lincolns und der meisten Nordstaatler handelte es sich um Rebellion, die mit Waffengewalt unterdrückt werden musste.

Im Konflikt um die Sklaverei ging es nicht primär um deren moralische Verwerflichkeit – die meisten Sklavereieegner sahen diese als unfaire Konkurrenz zur freien Arbeit weißer Farmer, Arbeiter und Handwerker –, sondern um die nationale Identität Amerikas: Sollten die USA eine egalitäre Gesellschaft freier weißer Männer sein oder eine „Sklavenhalterrepublik“? Die Überzeugung, dass beide Gesellschaftsformen auf Dauer nicht koexistieren konnten, entfaltete die Dynamik einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Schließlich waren beide Seiten bereit, für die Verteidigung ihrer Identität Krieg zu führen.

Auch heute liegt der Polarisierung ein seit Jahrzehnten schwelender Konflikt über die nationale Identität der USA zugrunde. Das Land hat sich schrittweise in verfeindete Lager gespalten, die kaum noch zu Kompromissen bereit sind, weil nicht bloß Interessen, sondern fundamentale Werte, Identitäten und Lebensweisen auf dem Spiel zu stehen scheinen. Die Demokraten repräsentieren das multiethnische, liberale und säkulare Amerika, das überwiegend in den Großstädten und an den Küsten wohnt, die Republikaner das traditionellistische, weiße, kleinstädtisch-ländliche, religiöse Milieu. Herkömmliche Begriffe wie liberal und konservativ taugen längst nicht mehr dazu, die Feindschaft zwischen den feindlichen „Stämmen“ zu beschreiben. Einer neuen Studie zufolge betrachten jeweils rund 40 Prozent der Demokraten und der Republikaner die Anhänger der anderen Seite als „downright evil“, also als „schlichtweg böse“. Die Heirat ihrer Kinder über Parteigrenzen hinweg bereitet vielen Amerikanern heute mehr Unbehagen als interethnische „Mischehen“ oder gleichgeschlechtliche Beziehungen.

Die Polarisierung hat ihre Wurzeln in den großen gesellschaftlichen Transformationen, die Amerika seit den 1960er-Jahren durchlaufen hat. Dazu gehören die Individualisierung und Liberalisierung der Le-

bensstile, die radikalen Veränderungen in den Geschlechterrollen, die Bürgerrechtsrevolution, die wirtschaftlichen und demografischen Folgen der Globalisierung sowie die Medienrevolution. Seit Jahrzehnten lässt sich eine fortschreitende Radikalisierung breiter Bevölkerungsschichten beobachten, die sich als Verlierer der Globalisierung und des Wertewandels sehen. Historiker wissen, dass die Bürgerkriegsgefahr wächst, wenn bislang dominante ethnische Gruppen und soziale Klassen keinen anderen Ausweg mehr sehen, als sich dem befürchteten Niedergang mit Gewalt entgegenzustellen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts schien die Pflanzaristokratie des Südens zwar vor Selbstbewusstsein zu strotzen, doch in Wirklichkeit fühlte sie sich in einer Welt, in der die Sklaverei um Anachronismus geworden war, immer isolierter. Doch sie verstand es, die Mehrheit der weißen Südstaatler, die gar keine Sklaven besaß, davon zu überzeugen, dass ein Ende der Sklaverei auch für sie eine tödliche Bedrohung bedeuten würde.

Das Land gleicht einem Pulverfass, das Attentat macht es noch schlimmer

Heute ist es der Übergang zu einer multiethnischen Gesellschaft, der bei Teilen des traditionellen Amerikas zu der Überzeugung geführt hat, sich mit allen Mitteln gegen den Abstieg verteidigen zu müssen. Der Medienprofi und begnadete Demagoge Donald Trump hat es verstanden, sich zum Anführer der nationalpopulistischen Revolte gegen die Globalisierung und die liberalen Eliten aufzuschwingen, die dem amerikanischen Volk angeblich ihr Land gestohlen haben. Trump erkannte instinktiv, dass maximale Polarisierung und die gezielte Verletzung demokratischer Normen ein Erfolgsrezept waren, das er ohne Skrupel umsetzte.

Im Sommer 2024 gleichen die USA – wie 1860/61 – einem Pulverfass, und das Attentat auf den Ex-Präsidenten hat die Explosionsgefahr weiter erhöht. Dass Trump überlebt hat, ist nicht nur deshalb ein Glück, weil es in einer Demokratie keine Rechtfertigung für politischen Mord gibt, sondern auch, weil sein gewaltsamer Tod

vermutlich einen Aufstand seiner militanten Anhängerschaft ausgelöst hätte. Aber auch so wird der Anschlag gravierende Folgen haben. Dass die Kugel des Attentäters den Ex-Präsidenten um Haarsbreite verfehlte, werden seine treuen Anhänger als Wunder betrachten. Von nun an umgibt ihn die Aura des von der „Vorsehung“ gereteten charismatischen Führers. Und natürlich werden Trump und seine Gefolgschaft den Mordversuch als weiteren Beweis für die Verschwörung des „tiefen Staates“ gegen den Retter und Rächer des betrogenen Volkes deuten.

Vor allem gibt es nun ein Bild, das ikonischen Status gewinnen wird und die Wahl entscheiden könnte: Es zeigt einen blutverschmierten, aber entschlossenen Trump, der seinen Anhängern die Faust entgegenreckt. Der Kontrast zu den Bildern des gebrechlichen, geistesabwesenden Joe Biden könnte nicht größer sein und wird, neben dem Mitleidseffekt, vermutlich zahlreiche unentschiedene Wähler überzeugen, ihr Kreuz im November beim Kandidaten der Republikaner zu machen. Der Erdrutschsieg, der Trump 2020 angeblich gestohlen wurde, könnte diesmal Wirklichkeit werden. Vielleicht böte ein überzeugender Wahlsieg Trumps sogar die Chance, den drohenden Bürgerkrieg zu verhindern, wengleich um den Preis, dass die USA dann einen Präsidenten bekämen, der wie ein gewählter Diktator regieren will. Denn eine Wahlniederlage wird Donald Trump ebenso wenig akzeptieren wie vor vier Jahren. Sollte er nicht gewinnen, wird er nicht zögern, erneut seine *Make-America-Great-Again*-Bewegung zu mobilisieren, und nichts spricht dagegen, dass sie ihm erneut folgen wird, um sich ihr Land zurückzuholen und Amerika wieder groß zu machen – nach dem Attentat vom 13. Juli mehr denn je.

Das Prinzip, dass der Verlierer einer freien und fairen Wahl das Ergebnis akzeptiert, gehört zu den Grundnormen der Demokratie. In Amerika, das zu Recht stolz auf seine lange Tradition der friedlichen Machtwechsel ist, gerät diese Norm zunehmend ins Wanken, denn bei der bevorstehenden Wahl geht es nach Auffassung beider Lager um Alles oder nichts. Historiker haben in den vergangenen Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass es ein Bürgerkriegsrisiko gibt, wenn der Ausgang einer Wahl für den Verlierer inakzeptabel ist, so wie dies 1860 der Fall war, als die Südstaaten auf Lincolns Wahlsieg mit der Sezessionserklärung reagierten.

Lincoln suchte gleichwohl weiter nach einem Kompromiss. In seiner Rede zur Amtseinführung am 4. März 1861, einen Monat vor Beginn der Feindseligkeiten, appellierte er eindringlich an den Patriotismus der Amerikaner und an das Gute der menschlichen Natur – „the better angels of our nature“. Doch sein Appell verhallte. Auch heute stehen die USA wieder am Scheideweg. Welchen Weg Amerika einschlagen wird, entscheidet sich spätestens am 5. November.



Vielleicht böte ein überzeugender Sieg Trumps sogar die Chance, den drohenden Bürgerkrieg zu verhindern. Aber um einen hohen Preis. FOTO: BRENDAN MCDEIRD/REUTERS

Der Autor ist Professor für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg. Soeben ist sein neues Buch bei Klett-Cotta erschienen: „Das gespaltene Haus. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von 1950 bis heute“ (544 Seiten, 35 Euro).